Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/37

23. 11. 94

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Regierungserklärung des Bundeskanzlers

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort die Bundesweisung an das Land Niedersachsen für die Einlagerung von Atommüll in das Zwischenlager Gorleben zurückzunehmen und alle weiteren Aktivitäten, die auf eine Einlagerung von Atommüll in das Zwischenlager Gorleben zielen, zu beenden.

Bonn, den 22. November 1994

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Das Artikelgesetz hat gezeigt, daß es nach wie vor keine gesicherte Entsorgung gibt. Es ist völlig unklar, ob das Endlager Gorleben jemals gebaut wird, oder wo und wie letztendlich der Atommüll verbracht werden wird. Damit besteht die Gefahr, daß Gorleben, das lediglich als Zwischenlager genehmigt ist, zum Endlager wird.

Solange es ausreichende Lagerkapazitäten für den Atommüll im Atomkraftwerk Philippsburg selbst gibt, kann es überhaupt keine Rechtfertigung dafür geben, den Atommüll quer durch die Republik nach Gorleben zu transportieren. Dagegen steht alleine schon das Gebot, die Gefahren und die Strahlenbelastung für die Bevölkerung zu minimieren.

Es ist untragbar, daß die Bundesregierung diese Technik mit aller Gewalt gegen die artikulierten Interessen der Bevölkerung durchsetzen will. Zumal es begründete Zweifel an der Sicherheit dieser Transporte gibt, wie alleine schon die Probleme beim Beladen der Castor-Behälter zeigen. Weder die Gefahr, daß der Konflikt eskaliert, noch die fundamentalen Einschnitte in die Grundrechte lassen sich vor diesem Hintergrund rechtfertigen. Hier handelt es sich offensichtlich um eine gezielte Provokation der Regierung.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333